

An die Mitgliedsorganisationen des  
Paritätischen Gesamtverbandes

Telefon: 030 24636-304  
Telefax: 030 24636-110  
E-Mail: hgf@paritaet.org

Unser Zeichen: sne/jpi

Datum: 9. Februar 2018

## Fachliche Einschätzung zum Koalitionsvertrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD liegt seit dem 7. Februar vor. Unsere Fachabteilungen haben sich intensiv mit dem Papier auseinandergesetzt und die einzelnen Vorhaben auf Basis der Paritätischen Beschlusslage eingeordnet und bewertet. In der Annahme Ihres Interesses erlauben wir uns, Ihnen das umfangreiche Arbeitspapier in der Anlage zuzusenden.

Trotz guter Themen, die im Koalitionsvertrag aufgeworfen werden, zeigt sich in der Gesamtschau jedoch: Konkrete Pläne für eine offensive und tatsächlich problemlösende Sozialpolitik sind in der Vielzahl der Kompromisse nicht wirklich zu erkennen. Im Detail finden sich zwar viele richtige Ansätze, die auch die Arbeit der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen betreffen. Eine Vielzahl der Maßnahmen steht allerdings, wie schon bei der letzten Großen Koalition erneut unter Finanzierungsvorbehalt. Die großen sozialen Aufgaben werden nur sehr unzureichend oder auch so gut wie gar nicht angegangen.

Der Verzicht auf zusätzliche Steuereinnahmen, etwa durch eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und hoher Vermögen, ist erneut das grundlegende Manko dieses Koalitionsvertrages. Dringend notwendige sozialpolitische Maßnahmen – von höheren Leistungen der Grundsicherung bis hin zu familienpolitischen Leistungsverbesserungen – sind ohne zusätzliche Steuermittel nicht realisierbar. Das Gleiche gilt für den dringend notwendigen Ausbau kommunaler und sozialer Infra-

struktur, worunter auch die Förderung sozialer Dienstleistungen durch die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen fällt.

Die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags wird die finanziellen Spielräume und politischen Gestaltungsmöglichkeiten weiter verringern. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass selbst die im Sondierungspapier genannten sozial-, bildungs- und wohnungspolitischen Projekte unterfinanziert bleiben. Regionale und soziale Spaltungen können so nicht überwunden werden, sondern laufen Gefahr, eher noch vertieft zu werden.

In der Annahme Ihres Interesses finden Sie Auswertung des Koalitionsvertrages anbei. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Dr. Jonas Pieper, per Email an [stab@paritaet.org](mailto:stab@paritaet.org) oder telefonisch unter 030 24636 304.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ulrich Schneider  
Hauptgeschäftsführer

**Anlage**